

Bezugs-Preis

In der Hauptausgabe oder in den Städte-
heften und den Vororten erzielbares Aus-
gabestück abgezogen: vierjährlich A 4,50.
jeweils jährliche Ausstellung ins
Jahr A 6,50. Durch die Post bezogen für
Deutschland u. Österreich vierjährlich A 6,
für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:

Johanniskirche 8.

Gerauerstrasse 183 und 182.

Filialexpeditionen:

Alfred Hahn, Buchhandlung, Universitätsstr. 8,
2. Stock, Klostergasse 14, u. Königstr. 7.

Haupt-Filiale Dresden:

Schlesische Straße 6.

Bernauerstr. 101 Nr. 1718.

Haupt-Filiale Berlin:

Königgrätzer Straße 116.

Bernauerstr. 101 Nr. 5393.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Nr. 543.

Freitag den 24. Oktober 1902.

96. Jahrgang.

Politische Tageschau.

* Leipzig, 24. Oktober.

Obgleich der Reichstag gestern unter demindrucke der Meldung stand, daß der Reichskanzler vom Kaiser zum Vortrage berufen worden sei und daß es sich vermutlich bei dieser Unterredung um das Schicksal der Tarifvorlagen handle, zeigte die Mehrheit, die am Dienstag die von den Regierungen für Roggen und Weizen vorgeschlagenen Windstillsätze durch die von der Kommission geforderten ersegt hatte, nicht die geringste Neigung, bei den Sägen für Getreide und Hafer zu bestehen, daß den bündigen Erklärungen des Reichskanzlers Rechnung zu tragen beabsichtigte. Alle beiden Betriebearten nahm sie statt der im Tarifzeitung vorgetragenen Minimalsätze von 3 und 5 % die von der Kommission beschlossenen Sätze von 5,50 % an und erhöhte die entsprechenden Maximalsätze des Tarifs von 4 und 6 % auf 7 %. Der Kommissionsschluss für den Windstillsatz für Getreide von 5,50 % wurde angenommen mit 183 gegen 133 Stimmen bei 6 Stimmabstimmungen, für den Windstillsatz für Hafer von 5,50 % mit 180 gegen 139 Stimmen bei 2 Stimmabstimmungen. Statthaft wird dadurch die Frage, was nun weiter werden, d. h. was die Regierungen nunmehr zu tun beabsichtigen werden, immer brennender. Unter den letzten Nachrichten unserer heutigen Tagesblätter befindet sich auch die, man habe es in parlamentarischen Kreisen für möglich, daß „im folge“ der Amtseinsetzung des Kaisers die Tarifvorlagen zurückgezogen werden würden. Wir halten dies doch deshalb nicht für wahrscheinlich, weil eine solche Maßregel schwerlich ohne eine vorherige Verständigung zwischen den verbündeten Regierungen erfolgen würde. Dagegen aber war ancheinend eine solche Verständigung noch nicht erfolgt; denn von zweifellos wohlmeintender Seite wurde an diesen Tagen der Münchener „Allgemeine Presse“ aus Berlin geschrieben:

„Was die Regierung betrifft, so ist sie nach wie vor keinesfalls gewillt, die Verantwortung für das endgültige Schließen des Entwurfs dadurch sich ausschließen zu lassen, daß sie ihrerseits die Weiterarbeit ablehnt. Sie steht in der Lage nicht einer bedeutungslosen Verhandlung, was man zufällig beiseite legen kann, wenn die Volksvertretung nur einmal durchaus nicht will, jedoch sie ist überzeugt, daß jede Möglichkeit, auch die entlastende, ausgenutzt werden muß, um eine jenseitige Angelegenheit eben jetzt durchzubringen, weil aller Besonntheit nach die Gelangigkeit dazu, wenn sich jetzt schon Schwierigkeiten ergeben, in Zukunft sehr recht nicht wiederholen. Wenn die Sitzung scheitert, so muß unverzüglich festgestellt sein, daß die Mehrheit des Reichstags bis zum letzten Augenblick Gelegenheit gehabt hat, sich zu beklagen, und aus freiem Entschluß die Partei zurückgewiesen hat, die die Landwirtschaft geboten werden sollte. Vorher kann die Regierung nicht dazu mitwirken, daß die Linke ins Korn geworfen wird. Ruffhausen mag es dabei freilich, daß die Mehrheitsparteien wohl damit einverstanden sind. Das bedeutet mit andern Worten, daß entweder die ungemeinlichen Erfordernisse des Reichskanzlers noch immer keinen Staaten finden, oder aber im Falle der Weiterberatung ein geeigneter Moment erwartet wird, in dem man die Umfrage vollziehen kann. Die erste dieser

beiden Möglichkeiten wird man kaum als einen Ernstfall ansehen können. Wenn dergleichen noch ausgesprochen wird, so möchte man es nur für einen Vorwand halten, mit dem der Wunsch der Weiterberatung motiviert wird. Die „Deutsche Zeitung“ spricht die Absicht der Regierung aus, durch Herabsetzung der Industriestütze auf den Tarif doch noch etwas „brauchbares“ zu machen. Der Schloßplatz schreibt: „Selbstverständlich werden wir unsere grundsätzliche Spannung weiter mit voller Unschiedshaltung wahren und den Kontakt nutzen, die bestehenden Beziehungen der Landwirtschaft zur Vertretung zu bringen. Nach Lage der Dinge wird der Vertrag leider vergeblich und aussichtslos sein. Damit müssen wir rechnen. Deshalb sind wir gewonnen, ein anderes Mittel zu suchen, um weiter einen und uneingeschränkten Kontakt der Landwirtschaft und Industrie im Tarife durchzuführen. Das andere Mittel, das uns zur Verfügung steht, ist besonders die Herabsetzung der Industriestütze, insbesondere der Einen- und Weißheimerzölle.“ Das agrarische Organ rechnet mit einer befriedigenden Einigung für die drei Parteien, um innerhalb der Mehrheitsparteien und daher sich auch noch sehr begegnen zu können. Daraus folgt aber noch nicht, daß dieses Ergebniswohlwollen möglich ist. Gleichzeitig ist zu beachten, daß die Regierung bestrebt ist, die Frage, was nun weiter werden, d. h. was die Regierungen nunmehr zu tun beabsichtigen werden, immer brennender. Unter den letzten Nachrichten unserer heutigen Tagesblätter befindet sich auch die, man habe es in parlamentarischen Kreisen für möglich, daß „im folge“ der Amtseinsetzung des Kaisers die Tarifvorlagen zurückgezogen werden würden. Wir halten dies doch deshalb nicht für wahrscheinlich, weil eine solche Maßregel schwerlich ohne eine vorherige Verständigung zwischen den verbündeten Regierungen erfolgen würde. Dagegen aber war ancheinend eine solche Verständigung noch nicht erfolgt; denn von zweifellos wohlmeintender Seite wurde an diesen Tagen der Münchener „Allgemeine Presse“ aus Berlin geschrieben:

„Was die Regierung betrifft, so ist sie nach wie vor keinesfalls gewillt, die Verantwortung für das endgültige Schließen des Entwurfs dadurch sich ausschließen zu lassen, daß sie ihrerseits die Weiterarbeit ablehnt. Sie steht in der Lage nicht einer bedeutungslosen Verhandlung, was man zufällig beiseite legen kann, wenn die Volksvertretung nur einmal durchaus nicht will, jedoch sie ist überzeugt, daß jede Möglichkeit, auch die entlastende, ausgenutzt werden muß, um eine jenseitige Angelegenheit eben jetzt durchzubringen, weil aller Besonntheit nach die Gelangigkeit dazu, wenn sich jetzt schon Schwierigkeiten ergeben, in Zukunft sehr recht nicht wiederholen. Wenn die Sitzung scheitert, so muß unverzüglich festgestellt sein, daß die Mehrheit des Reichstags bis zum letzten Augenblick Gelegenheit gehabt hat, sich zu beklagen, und aus freiem Entschluß die Partei zurückgewiesen hat, die die Landwirtschaft geboten werden sollte. Vorher kann die Regierung nicht dazu mitwirken, daß die Linke ins Korn geworfen wird. Ruffhausen mag es dabei freilich, daß die Mehrheitsparteien wohl damit einverstanden sind. Das bedeutet mit andern Worten, daß entweder die ungemeinlichen Erfordernisse des Reichskanzlers noch immer keinen Staaten finden, oder aber im Falle der Weiterberatung ein geeigneter Moment erwartet wird, in dem man die Umfrage vollziehen kann. Die erste dieser

beiden Möglichkeiten wird man kaum als einen Ernstfall ansehen können. Wenn dergleichen noch ausgesprochen wird, so möchte man es nur für einen Vorwand halten, mit dem der Wunsch der Weiterberatung motiviert wird. Die „Deutsche Zeitung“ spricht die Absicht der Regierung aus, durch Herabsetzung der Industriestütze auf den Tarif doch noch etwas „brauchbares“ zu machen. Der Schloßplatz schreibt: „Selbstverständlich werden wir unsere grundsätzliche Spannung weiter mit voller Unschiedshaltung wahren und den Kontakt nutzen, die bestehenden Beziehungen der Landwirtschaft zur Vertretung zu bringen. Nach Lage der Dinge wird der Vertrag leider vergeblich und aussichtslos sein. Damit müssen wir rechnen. Deshalb sind wir gewonnen, ein anderes Mittel zu suchen, um weiter einen und uneingeschränkten Kontakt der Landwirtschaft und Industrie im Tarife durchzuführen. Das andere Mittel, das uns zur Verfügung steht, ist besonders die Herabsetzung der Industriestütze, insbesondere der Einen- und Weißheimerzölle.“ Das agrarische Organ rechnet mit einer befriedigenden Einigung für die drei Parteien, um innerhalb der Mehrheitsparteien und daher sich auch noch sehr begegnen zu können. Daraus folgt aber noch nicht, daß dieses Ergebniswohlwollen möglich ist. Gleichzeitig ist zu beachten, daß die Regierung bestrebt ist, die Frage, was nun weiter werden, d. h. was die Regierungen nunmehr zu tun beabsichtigen werden, immer brennender. Unter den letzten Nachrichten unserer heutigen Tagesblätter befindet sich auch die, man habe es in parlamentarischen Kreisen für möglich, daß „im folge“ der Amtseinsetzung des Kaisers die Tarifvorlagen zurückgezogen werden würden. Wir halten dies doch deshalb nicht für wahrscheinlich, weil eine solche Maßregel schwerlich ohne eine vorherige Verständigung zwischen den verbündeten Regierungen erfolgen würde. Dagegen aber war ancheinend eine solche Verständigung noch nicht erfolgt; denn von zweifellos wohlmeintender Seite wurde an diesen Tagen der Münchener „Allgemeine Presse“ aus Berlin geschrieben:

„Was die Regierung betrifft, so ist sie nach wie vor keinesfalls gewillt, die Verantwortung für das endgültige Schließen des Entwurfs dadurch sich ausschließen zu lassen, daß sie ihrerseits die Weiterarbeit ablehnt. Sie steht in der Lage nicht einer bedeutungslosen Verhandlung, was man zufällig beiseite legen kann, wenn die Volksvertretung nur einmal durchaus nicht will, jedoch sie ist überzeugt, daß jede Möglichkeit, auch die entlastende, ausgenutzt werden muß, um eine jenseitige Angelegenheit eben jetzt durchzubringen, weil aller Besonntheit nach die Gelangigkeit dazu, wenn sich jetzt schon Schwierigkeiten ergeben, in Zukunft sehr recht nicht wiederholen. Wenn die Sitzung scheitert, so muß unverzüglich festgestellt sein, daß die Mehrheit des Reichstags bis zum letzten Augenblick Gelegenheit gehabt hat, sich zu beklagen, und aus freiem Entschluß die Partei zurückgewiesen hat, die die Landwirtschaft geboten werden sollte. Vorher kann die Regierung nicht dazu mitwirken, daß die Linke ins Korn geworfen wird. Ruffhausen mag es dabei freilich, daß die Mehrheitsparteien wohl damit einverstanden sind. Das bedeutet mit andern Worten, daß entweder die ungemeinlichen Erfordernisse des Reichskanzlers noch immer keinen Staaten finden, oder aber im Falle der Weiterberatung ein geeigneter Moment erwartet wird, in dem man die Umfrage vollziehen kann. Die erste dieser

beiden Möglichkeiten wird man kaum als einen Ernstfall ansehen können. Wenn dergleichen noch ausgesprochen wird, so möchte man es nur für einen Vorwand halten, mit dem der Wunsch der Weiterberatung motiviert wird. Die „Deutsche Zeitung“ spricht die Absicht der Regierung aus, durch Herabsetzung der Industriestütze auf den Tarif doch noch etwas „brauchbares“ zu machen. Der Schloßplatz schreibt: „Selbstverständlich werden wir unsere grundsätzliche Spannung weiter mit voller Unschiedshaltung wahren und den Kontakt nutzen, die bestehenden Beziehungen der Landwirtschaft zur Vertretung zu bringen. Nach Lage der Dinge wird der Vertrag leider vergeblich und aussichtslos sein. Damit müssen wir rechnen. Deshalb sind wir gewonnen, ein anderes Mittel zu suchen, um weiter einen und uneingeschränkten Kontakt der Landwirtschaft und Industrie im Tarife durchzuführen. Das andere Mittel, das uns zur Verfügung steht, ist besonders die Herabsetzung der Industriestütze, insbesondere der Einen- und Weißheimerzölle.“ Das agrarische Organ rechnet mit einer befriedigenden Einigung für die drei Parteien, um innerhalb der Mehrheitsparteien und daher sich auch noch sehr begegnen zu können. Daraus folgt aber noch nicht, daß dieses Ergebniswohlwollen möglich ist. Gleichzeitig ist zu beachten, daß die Regierung bestrebt ist, die Frage, was nun weiter werden, d. h. was die Regierungen nunmehr zu tun beabsichtigen werden, immer brennender. Unter den letzten Nachrichten unserer heutigen Tagesblätter befindet sich auch die, man habe es in parlamentarischen Kreisen für möglich, daß „im folge“ der Amtseinsetzung des Kaisers die Tarifvorlagen zurückgezogen werden würden. Wir halten dies doch deshalb nicht für wahrscheinlich, weil eine solche Maßregel schwerlich ohne eine vorherige Verständigung zwischen den verbündeten Regierungen erfolgen würde. Dagegen aber war ancheinend eine solche Verständigung noch nicht erfolgt; denn von zweifellos wohlmeintender Seite wurde an diesen Tagen der Münchener „Allgemeine Presse“ aus Berlin geschrieben:

„Was die Regierung betrifft, so ist sie nach wie vor keinesfalls gewillt, die Verantwortung für das endgültige Schließen des Entwurfs dadurch sich ausschließen zu lassen, daß sie ihrerseits die Weiterarbeit ablehnt. Sie steht in der Lage nicht einer bedeutungslosen Verhandlung, was man zufällig beiseite legen kann, wenn die Volksvertretung nur einmal durchaus nicht will, jedoch sie ist überzeugt, daß jede Möglichkeit, auch die entlastende, ausgenutzt werden muß, um eine jenseitige Angelegenheit eben jetzt durchzubringen, weil aller Besonntheit nach die Gelangigkeit dazu, wenn sich jetzt schon Schwierigkeiten ergeben, in Zukunft sehr recht nicht wiederholen. Wenn die Sitzung scheitert, so muß unverzüglich festgestellt sein, daß die Mehrheit des Reichstags bis zum letzten Augenblick Gelegenheit gehabt hat, sich zu beklagen, und aus freiem Entschluß die Partei zurückgewiesen hat, die die Landwirtschaft geboten werden sollte. Vorher kann die Regierung nicht dazu mitwirken, daß die Linke ins Korn geworfen wird. Ruffhausen mag es dabei freilich, daß die Mehrheitsparteien wohl damit einverstanden sind. Das bedeutet mit andern Worten, daß entweder die ungemeinlichen Erfordernisse des Reichskanzlers noch immer keinen Staaten finden, oder aber im Falle der Weiterberatung ein geeigneter Moment erwartet wird, in dem man die Umfrage vollziehen kann. Die erste dieser

beiden Möglichkeiten wird man kaum als einen Ernstfall ansehen können. Wenn dergleichen noch ausgesprochen wird, so möchte man es nur für einen Vorwand halten, mit dem der Wunsch der Weiterberatung motiviert wird. Die „Deutsche Zeitung“ spricht die Absicht der Regierung aus, durch Herabsetzung der Industriestütze auf den Tarif doch noch etwas „brauchbares“ zu machen. Der Schloßplatz schreibt: „Selbstverständlich werden wir unsere grundsätzliche Spannung weiter mit voller Unschiedshaltung wahren und den Kontakt nutzen, die bestehenden Beziehungen der Landwirtschaft zur Vertretung zu bringen. Nach Lage der Dinge wird der Vertrag leider vergeblich und aussichtslos sein. Damit müssen wir rechnen. Deshalb sind wir gewonnen, ein anderes Mittel zu suchen, um weiter einen und uneingeschränkten Kontakt der Landwirtschaft und Industrie im Tarife durchzuführen. Das andere Mittel, das uns zur Verfügung steht, ist besonders die Herabsetzung der Industriestütze, insbesondere der Einen- und Weißheimerzölle.“ Das agrarische Organ rechnet mit einer befriedigenden Einigung für die drei Parteien, um innerhalb der Mehrheitsparteien und daher sich auch noch sehr begegnen zu können. Daraus folgt aber noch nicht, daß dieses Ergebniswohlwollen möglich ist. Gleichzeitig ist zu beachten, daß die Regierung bestrebt ist, die Frage, was nun weiter werden, d. h. was die Regierungen nunmehr zu tun beabsichtigen werden, immer brennender. Unter den letzten Nachrichten unserer heutigen Tagesblätter befindet sich auch die, man habe es in parlamentarischen Kreisen für möglich, daß „im folge“ der Amtseinsetzung des Kaisers die Tarifvorlagen zurückgezogen werden würden. Wir halten dies doch deshalb nicht für wahrscheinlich, weil eine solche Maßregel schwerlich ohne eine vorherige Verständigung zwischen den verbündeten Regierungen erfolgen würde. Dagegen aber war ancheinend eine solche Verständigung noch nicht erfolgt; denn von zweifellos wohlmeintender Seite wurde an diesen Tagen der Münchener „Allgemeine Presse“ aus Berlin geschrieben:

„Was die Regierung betrifft, so ist sie nach wie vor keinesfalls gewillt, die Verantwortung für das endgültige Schließen des Entwurfs dadurch sich ausschließen zu lassen, daß sie ihrerseits die Weiterarbeit ablehnt. Sie steht in der Lage nicht einer bedeutungslosen Verhandlung, was man zufällig beiseite legen kann, wenn die Volksvertretung nur einmal durchaus nicht will, jedoch sie ist überzeugt, daß jede Möglichkeit, auch die entlastende, ausgenutzt werden muß, um eine jenseitige Angelegenheit eben jetzt durchzubringen, weil aller Besonntheit nach die Gelangigkeit dazu, wenn sich jetzt schon Schwierigkeiten ergeben, in Zukunft sehr recht nicht wiederholen. Wenn die Sitzung scheitert, so muß unverzüglich festgestellt sein, daß die Mehrheit des Reichstags bis zum letzten Augenblick Gelegenheit gehabt hat, sich zu beklagen, und aus freiem Entschluß die Partei zurückgewiesen hat, die die Landwirtschaft geboten werden sollte. Vorher kann die Regierung nicht dazu mitwirken, daß die Linke ins Korn geworfen wird. Ruffhausen mag es dabei freilich, daß die Mehrheitsparteien wohl damit einverstanden sind. Das bedeutet mit andern Worten, daß entweder die ungemeinlichen Erfordernisse des Reichskanzlers noch immer keinen Staaten finden, oder aber im Falle der Weiterberatung ein geeigneter Moment erwartet wird, in dem man die Umfrage vollziehen kann. Die erste dieser

beiden Möglichkeiten wird man kaum als einen Ernstfall ansehen können. Wenn dergleichen noch ausgesprochen wird, so möchte man es nur für einen Vorwand halten, mit dem der Wunsch der Weiterberatung motiviert wird. Die „Deutsche Zeitung“ spricht die Absicht der Regierung aus, durch Herabsetzung der Industriestütze auf den Tarif doch noch etwas „brauchbares“ zu machen. Der Schloßplatz schreibt: „Selbstverständlich werden wir unsere grundsätzliche Spannung weiter mit voller Unschiedshaltung wahren und den Kontakt nutzen, die bestehenden Beziehungen der Landwirtschaft zur Vertretung zu bringen. Nach Lage der Dinge wird der Vertrag leider vergeblich und aussichtslos sein. Damit müssen wir rechnen. Deshalb sind wir gewonnen, ein anderes Mittel zu suchen, um weiter einen und uneingeschränkten Kontakt der Landwirtschaft und Industrie im Tarife durchzuführen. Das andere Mittel, das uns zur Verfügung steht, ist besonders die Herabsetzung der Industriestütze, insbesondere der Einen- und Weißheimerzölle.“ Das agrarische Organ rechnet mit einer befriedigenden Einigung für die drei Parteien, um innerhalb der Mehrheitsparteien und daher sich auch noch sehr begegnen zu können. Daraus folgt aber noch nicht, daß dieses Ergebniswohlwollen möglich ist. Gleichzeitig ist zu beachten, daß die Regierung bestrebt ist, die Frage, was nun weiter werden, d. h. was die Regierungen nunmehr zu tun beabsichtigen werden, immer brennender. Unter den letzten Nachrichten unserer heutigen Tagesblätter befindet sich auch die, man habe es in parlamentarischen Kreisen für möglich, daß „im folge“ der Amtseinsetzung des Kaisers die Tarifvorlagen zurückgezogen werden würden. Wir halten dies doch deshalb nicht für wahrscheinlich, weil eine solche Maßregel schwerlich ohne eine vorherige Verständigung zwischen den verbündeten Regierungen erfolgen würde. Dagegen aber war ancheinend eine solche Verständigung noch nicht erfolgt; denn von zweifellos wohlmeintender Seite wurde an diesen Tagen der Münchener „Allgemeine Presse“ aus Berlin geschrieben:

„Was die Regierung betrifft, so ist sie nach wie vor keinesfalls gewillt, die Verantwortung für das endgültige Schließen des Entwurfs dadurch sich ausschließen zu lassen, daß sie ihrerseits die Weiterarbeit ablehnt. Sie steht in der Lage nicht einer bedeutungslosen Verhandlung, was man zufällig beiseite legen kann, wenn die Volksvertretung nur einmal durchaus nicht will, jedoch sie ist überzeugt, daß jede Möglichkeit, auch die entlastende, ausgenutzt werden muß, um eine jenseitige Angelegenheit eben jetzt durchzubringen, weil aller Besonntheit nach die Gelangigkeit dazu, wenn sich jetzt schon Schwierigkeiten ergeben, in Zukunft sehr recht nicht wiederholen. Wenn die Sitzung scheitert, so muß unverzüglich festgestellt sein, daß die Mehrheit des Reichstags bis zum letzten Augenblick Gelegenheit gehabt hat, sich zu beklagen, und aus freiem Entschluß die Partei zurückgewiesen hat, die die Landwirtschaft geboten werden sollte. Vorher kann die Regierung nicht dazu mitwirken, daß die Linke ins Korn geworfen wird. Ruffhausen mag es dabei freilich, daß die Mehrheitsparteien wohl damit einverstanden sind. Das bedeutet mit andern Worten, daß entweder die ungemeinlichen Erfordernisse des Reichskanzlers noch immer keinen Staaten finden, oder aber im Falle der Weiterberatung ein geeigneter Moment erwartet wird, in dem man die Umfrage vollziehen kann. Die erste dieser

beiden Möglichkeiten wird man kaum als einen Ernstfall ansehen können. Wenn dergleichen noch ausgesprochen wird, so möchte man es nur für einen Vorwand halten, mit dem der Wunsch der Weiterberatung motiviert wird. Die „Deutsche Zeitung“ spricht die Absicht der Regierung aus, durch Herabsetzung der Industriestütze auf den Tarif doch noch etwas „brauchbares“ zu machen. Der Schloßplatz schreibt: „Selbstverständlich werden wir unsere grundsätzliche Spannung weiter mit voller Unschiedshaltung wahren und den Kontakt nutzen, die bestehenden Beziehungen der Landwirtschaft zur Vertretung zu bringen. Nach Lage der Dinge wird der Vertrag leider vergeblich und aussichtslos sein. Damit müssen wir rechnen. Deshalb sind wir gewonnen, ein anderes Mittel zu suchen, um weiter einen und uneingeschränkten Kontakt der Landwirtschaft und Industrie im Tarife durchzuführen. Das andere Mittel, das uns zur Verfügung steht, ist besonders die Herabsetzung der Industriestütze, insbesondere der Einen- und Weißheimerzölle.“ Das agrarische Organ rechnet mit einer befriedigenden Einigung für die drei Parteien, um innerhalb der Mehrheitsparteien und daher sich auch noch sehr begegnen zu können. Daraus folgt aber noch nicht, daß dieses Ergebniswohlwollen möglich ist. Gleichzeitig ist zu beachten, daß die Regierung bestrebt ist, die Frage, was nun weiter werden, d. h. was die Regierungen nunmehr zu tun beabsichtigen werden, immer brennender. Unter den letzten Nachrichten unserer heutigen Tagesblätter befindet sich auch die, man habe es in parlamentarischen Kreisen für möglich, daß „im folge“ der Amtseinsetzung des Kaisers die Tarifvorlagen zurückgezogen werden würden. Wir halten dies doch deshalb nicht für wahrscheinlich, weil eine solche Maßregel schwerlich ohne eine vorherige Verständigung zwischen den verbündeten Regierungen erfolgen würde. Dagegen aber war ancheinend eine solche Verständigung noch nicht erfolgt; denn von zweifellos wohlmeintender Seite wurde an diesen Tagen der Münchener „Allgemeine Presse“ aus Berlin geschrieben:

„Was die Regierung betrifft, so ist sie nach wie vor keinesfalls gewillt, die Verantwortung für das endgültige Schließen des Entwurfs dadurch sich ausschließen zu lassen, daß sie ihrerseits die Weiterarbeit ablehnt. Sie steht in der Lage nicht einer bedeutungslosen Verhandlung, was man zufällig beiseite legen kann, wenn die Volksvertretung nur einmal durchaus nicht will, jedoch sie ist überzeugt, daß jede Möglichkeit, auch die entlastende, ausgenutzt werden muß, um eine jenseitige Angelegenheit eben jetzt durchzubringen, weil aller Besonntheit nach die Gelangigkeit dazu, wenn sich jetzt schon Schwierigkeiten ergeben, in Zukunft sehr recht nicht wiederholen. Wenn die Sitzung scheitert, so muß unverzüglich festgestellt sein, daß die Mehrheit des Reichstags bis zum letzten Augenblick Gelegenheit gehabt hat, sich zu beklagen, und aus freiem Entschluß die Partei zurückgewiesen hat, die die Landwirtschaft geboten werden sollte. Vorher kann die Regierung nicht dazu mitwirken, daß die Linke ins Korn geworfen wird. Ruffhausen mag es dabei freilich, daß die Mehrheitsparteien wohl damit einverstanden sind. Das bedeutet mit andern Worten, daß entweder die ungemeinlichen Erfordernisse des Reichskanzlers noch immer keinen Staaten finden, oder aber im Falle der Weiterberatung ein geeigneter Moment erwartet wird, in dem man die Umfrage vollziehen kann. Die erste dieser</p